



1. Neues Baseler Leverage Ratio Rahmenwerk	1
2. Baseler Konsultationspapier zur Net Stable Funding Ratio	4
3. Behandlung der Margin Period of Risk (MPOR)	5
4. Erleichterte Datenanforderungen im Rahmen der IRBA-Einführung	6
5. Verwendung selbst berechneter Delta-Faktoren	7
6. Vorsichtige Bewertung (Prudent Valuation)	8
7. Technische Regulierungsstandards zur Liquidity Coverage Ratio	9
8. Abflüsse aus Sicherheitenstellung	10
9. Neues Baseler Großkreditregime	11
10. Bankenstresstests im Überblick	13
11. Forderungen gegenüber zentralen Gegenparteien	16
12. Service für RADAR-Kunden	17

1. Neues Baseler Leverage Ratio Rahmenwerk

Die stark gestiegene bilanzielle und außerbilanzielle Verschuldung, die trotz eingehaltener Eigenkapitalanforderungen die Stabilität im Finanzsektor beeinträchtigte, wurde seitens des Baseler Ausschusses als wesentliche Ursache der Finanzkrise festgestellt.

Um diesem Faktor entgegenzutreten, verfolgt die „nicht risikosensitive“ Leverage Ratio das Ziel, als Korrektiv bzw. Ergänzung der risikobasierten Eigenkapitalstandards zu wirken.

Basierend auf dem Konsultationspapier zur Leverage Ratio vom 26. Juni 2013 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Januar 2014 unter dem Titel **Basel III: Rahmenregelung für die Höchstverschuldungsquote und Offenlegungsanforderungen** eine überarbeitete Fassung der Rahmenregelungen für die Leverage Ratio veröffentlicht. Angesichts der seitens der Aufsicht angenommenen Relevanz dieser Kennzahl muss von einer anstehenden Umsetzung der Basel III Regularien in europäisches Recht

ausgegangen werden. Aktuelle Planungen sehen vor, dass eine korrespondierende delegierte Rechtsverordnung zur Anpassung der derzeitigen Brüsseler Leverage-Ratio-Regelungen noch in diesem Jahr veröffentlicht wird. Als Termin für die Erstanwendung der angepassten Regelungen steht der 1. Januar 2015 im Raum.

Bereits seit dem 1. Januar 2013 besteht die Verpflichtung zur Meldung der Verschuldungskennzahl, die ab Januar 2015 um die Offenlegungsberichte ergänzt werden sollen. Die somit gewonnenen Informationen werden vom Baseler Ausschuss zur weiteren Kalibrierung der Kennzahl herangezogen, womit dieser bis 2017 beabsichtigt eine finale Definition ab 1. Januar 2018 festzulegen. Im Folgenden

¹ BCBS, June 2013/ Consultative Document – Revised Basel III leverage ratio framework and disclosure requirements

geben wir einen Überblick über die wesentlichen Eckpunkte des neuen Baseler Rahmenwerkes für die Leverage Ratio.

Definition und Mindestanforderungen

Auch das Update durch den Baseler Ausschuss aus Januar 2014 hat zu keiner grundsätzlichen Veränderung der Konzeption zur Ermittlung der Leverage Ratio geführt. Nach wie vor ergibt sich diese als Minimum einzuhaltende Kennzahl in Höhe von drei Prozent als Verhältnis der Kapitalmessgröße und der Risikopositionsmessgröße.

Kapitalmessgröße & Konsolidierungskreis

Das Baseler Papier bekräftigt die bisherige Definition der Kapitalmessgröße, wonach das Kernkapital der risikobasierten Eigenkapitalregelungen unter Berücksichtigung der relevanten Übergangsbestimmungen die relevante Kapitalmessgröße definiert. Der Konsolidierungskreis für die risikobasierte Eigenkapitalunterlegung gilt analog für die Leverage Ratio. Unternehmen der Finanzbranche, die zwar handelsrechtlich, nicht aber aufsichtsrechtlich konsolidiert werden, sind künftig nur noch auf Basis des Buchwerts in die Berechnung einzubeziehen, d.h. nicht auf Basis der zugrundeliegenden Vermögenswerte und sonstigen Engagements des Beteiligungsunternehmens.

Risikopositionsmessgröße

Während sich das ursprüngliche Baseler Rahmenwerk von Dezember 2010 bzw. Juni 2011 nur sehr knapp der Definition der Risikopositionsmessgröße widmet, befasst sich das nunmehr vorgelegte Rahmenwerk sehr umfassend mit den Details der Messgröße. So definiert der Baseler Ausschuss die gesamte Risikopositionsmessgröße einer Bank als die Summe der folgenden vier Unterkategorien.

» Bilanzwirksame Engagements

Die bilanzwirksamen Engagements umfassen alle in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen mit ihrem jeweiligen Buchwert. Bilanzwirksame Aktiva, die vom Kernkapital abgezogen werden, können im Umkehrschluss auch von der Risikopositionsmessgröße abgezogen werden. Hierzu zählen beispielsweise Beteiligungen an Finanzunternehmen, die nicht im aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis enthalten sind. Im Gegensatz dazu dürfen Positionen der Passivseite nicht von der Risikopositionsmessgröße abgezogen werden. Hierunter können unter anderem die Gewinne oder Verluste aus zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten subsumiert werden.

» Derivative Positionen

Die Methodik zur Messung derivativer Engagements berücksichtigt sowohl das Risiko des Basiswertes, als auch das des Kontrahenten. Die Risikopositionsmessgröße für derivative Positionen ergibt sich prinzipiell aus den Wiederbeschaffungskosten² für das aktuelle Risikoengagement zuzüglich eines Aufschlags³ für die Berücksichtigung der künftigen Schwankung der Wiederbeschaffungskosten. Diese grundlegenden Ausführungen entsprechen den ursprünglichen Vorgaben der Baseler Rahmenregelungen. Die überarbeiteten Regelungen befassen sich in einem weiteren Schritt detailliert mit der Behandlung des bilateralen Nettings, zugehöriger bzw. hereingenommener Sicherheiten, Nachschusszahlungen, Clearing-Dienstleistungen sowie der Behandlung verkaufter Kreditderivate.

Im Bereich der Derivate bleibt es bei der grundsätzlichen Regel, dass erhaltene Sicherheiten zur Reduzierung des Exposures nicht heranzuziehen sind. Darüber hinaus gilt in Bezug auf gestellte Sicherheiten für derivative Geschäfte, dass diese die Gesamtrisikopositionsmessgröße erhöhen, sofern sie den Wert der Bilanzaktiva verringert haben. Ausnahmen von dem generellen Nettingverbot gelten unter bestimmten Bedingungen für die Cash Variation Margins. Handelsforderungen gegenüber qualifizierten Zentralen Gegenparteien brauchen dann nicht angerechnet werden, wenn es zu einer Doppelanrechnung kommen würde, d.h. wenn die Leistung der Clearingstelle dem Kunden nicht garantiert wurde. Daneben sind auch die Regelungen zur Berücksichtigung von Kreditderivaten angepasst worden. Diese sind wie bisher in Höhe des grundsätzlich für Derivate zu berücksichtigenden Kontrahentenrisikos anzurechnen. Für verkaufte Kreditderivate gilt jedoch darüber hinaus, dass diese zusätzlich auch mit ihrem Nominal in der Risikopositionsmessgröße zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der Kreditderivate auch einige Anrechnungserleichterungen eingeführt. So können die Nominalwerte um negative Fair Value Änderungen, die kapitalwirksam berücksichtigt wurden, gekürzt werden und die Palette zulässiger ausgleichender Absicherungen wurde erweitert.

» Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Der reguläre Ansatz zur Ermittlung der Risikopositionsmessgröße für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) ermittelt sich als Summe der beiden folgenden Positionen:

- Der gemäß Rechnungslegungsstandard ausgewiese-

² Die Wiederbeschaffungskosten des Kontraktes werden durch Marktbewertung ermittelt, sofern es sich um einen positiven Marktwert handelt.

³ Die Aufschläge je Position werden im Anhang der neuen Baseler Rahmenregelungen aufgeführt.

ne Bruttowert des Geschäftes, d.h., ohne Berücksichtigung etwaiger bilanzieller Aufrechnungsmöglichkeiten.

- Das Kontrahentenrisiko in Form des aktuellen Marktwertes (current exposure), jedoch ohne Berücksichtigung des Add-On für das potentielle Wiedereindeckungsrisiko (potential future exposure).

Aus der so ermittelten Risikopositionsmessgröße ist dann der Wert von entgegengenommenen Wertpapieren aus SFT, die in der Bilanz ausgewiesen werden, abzuziehen. Während die originären Regelungen im SFT-Bereich kein Netting vorsahen, gibt es zukünftig unter bestimmten Bedingungen eine eingeschränkte Saldierungsmöglichkeit für Forderungen und Verbindlichkeiten aus SFT gegenüber demselben Kontrahenten. Diesbezüglich ist jedoch anzumerken, dass die in der Capital Requirements Regulation (CRR) vorgesehenen Nettingregelungen zur Berücksichtigung von Wertpapierfinanzierungsgeschäften im Rahmen der Leverage Ratio bereits jetzt über die neuen Baseler Vorgaben hinausgehen, also vorteilhafter sind.

» Außerbilanzielle Positionen

Unter den außerbilanziellen Positionen sind gewährte Zusagen wie Liquiditätsfazilitäten und Akzepte sowie ausgewählte Akkreditive zu subsumieren. Zur Ermittlung der Risikopositionsmessgröße, die auf außerbilanzielle Positionen entfällt, sind die jeweiligen Nominalwerte dieser Produkte mit einem spezifischen Kreditkonversionsfaktoren (Credit Conversion Factor – CCF) in bilanzielle Äquivalente umzurechnen. Im Vergleich zu den ursprünglichen Regelungen, welche nur die Kategorien zehn Prozent und 100 Prozent vorsahen, wurden nunmehr die Umrechnungsfaktoren des Kreditrisikostandardansatzes (KSA) übernommen. Im Ergebnis führt dies zu einer wesentlich höheren Granularität und damit einhergehend tendenziell zu einer geringeren Risikopositionsmessgröße für die außerbilanziellen Positionen.

Offenlegungsvorschriften

Ergänzend zu den vorstehend erläuterten Änderungen präzisiert und ergänzt das neue Rahmenwerk die bisherigen Offenlegungsvorschriften in der Hinsicht, dass die Quote auf konsolidierter Basis sowie die wichtigsten Komponenten einheitlich offenzulegen sind. Weiterhin wird vorausgesetzt, dass die publizierten Rechnungsabschlüsse mit den offengelegten Komponenten abstimmbare sind. Auch um diesen Abstimmungsprozess zu erleichtern, hat der Baseler Ausschuss die im Rahmenwerk von 2010 bzw. 2011 angekündigten Schemata nun veröffentlicht. An der verpflichtenden Erfüllung der Offenlegungsanforderungen ab Januar 2015 hat sich hingegen nichts geändert. Die

veröffentlichten Offenlegungsschemata verteilen sich auf zwei Tabellen, die einem strengen Anforderungsregime unterliegen.

» Summarisch vergleichende Tabelle

Die summarisch vergleichende Tabelle stellt den Gesamtbetrag der Bilanzaktiva jenen (maßgeblichen) der Verschuldungsquote gegenüber. Hierbei kann die auszufüllende Tabelle als Überleitungsrechnung von den Bilanzaktiva gemäß Finanzausweis hin zur Risikopositionsmessgröße der Leverage Ratio interpretiert werden. Um von den konsolidierten Aktiva zur Risikopositionsmessgröße zu gelangen, werden verschiedene Anpassungen, beispielsweise für Beteiligungen, treuhänderische Aktiva und derivative Finanzinstrumente, vorgenommen.

» Einheitliches Offenlegungsschema

Im Rahmen dieser Tabelle werden die wichtigsten Elemente der Leverage Ratio aufgeschlüsselt. Hierzu zählen die bilanzwirksamen, derivativen und außerbilanziellen Positionen, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sowie das Kernkapital. Aus den einzelnen Posten berechnet sich dann die Leverage Ratio.

Zusätzliche Abstimmungsanforderungen

Neben den zwei vorstehend genannten Tabellen zur einheitlichen Offenlegung sind im neuen Baseler Rahmenwerk insbesondere auch die Anforderungen an die Abstimmbarkeit (reconciliation requirements) signifikant präzisiert worden. So müssen Institute die Ursachen erheblicher Unterschiede zwischen den gesamten Bilanzaktiva gemäß Finanzausweis und den bilanzwirksamen Engagements im Offenlegungstableau präzise erläutern. Weiterhin müssen sie im Rahmen der Säule-3-Anforderungen jeweils quartalsweise drei Kennzahlen veröffentlichen:

1. Summe des zu berücksichtigenden Kernkapitals
2. Ermittelte Risikopositionsmessgröße
3. Die ermittelte Leverage Ratio als Verhältnis von 1. und 2.

In Ausnahmefällen kann die zuständige Aufsichtsinstanz auch häufigere Berechnungen wie Tages- oder Monatsdurchschnitt genehmigen. Eine solche Ausnahmegenehmigung setzt jedoch eine kontinuierliche Anwendung der gewählten Rechenmethodik voraus.

Neben der Methodik hat das neue Baseler Rahmenpapier auch die Art der Offenlegung näher spezifiziert. Demnach hat die Offenlegung in den veröffentlichten Finanzauswei-

sen der Institute zu erfolgen oder zumindest einen Verweis (Angabe der Internet-Adresse) auf die vollständige Offenlegung auf der Webseite des Instituts zu enthalten. An dieser Stelle sind die Institute verpflichtet, ein Archiv zu führen, das alle Abstimmungsschemata, Offenlegungsschemata und ergänzenden Erläuterungen aller vorangegangenen Berichtsperioden verfügbar macht.

Übergangsbestimmungen

Die im neuen Rahmenwerk vorgesehenen Übergangsbestimmungen lassen sich prinzipiell in zwei Phasen untergliedern:

1. Die aufsichtsrechtliche Prüfungsphase begann am 1. Januar 2011 und dient der Erarbeitung der bereits erläuterten Offenlegungsschemata.
2. Die parallel laufende Beobachtungsphase vom Januar 2013 bis Januar 2017 dient der Analyse und gegebenenfalls notwendigen Adjustierung der Leverage Ratio. Nach Abschluss der Beobachtungsphase soll die Verschuldungskennziffer per 1. Januar 2018 in der ersten Säule des Baseler Rahmenwerks implementiert werden.

Der Kern der ursprünglichen Übergangsbestimmungen befasst sich mit der Vorläufigkeit der Regeln und hier insbesondere mit der Frage, ob eine breiter gefasste Definition der Risikopositionen sowie eine Anpassung der Aufrechnung im Rahmen der finalen Kalibrierung die Zielsetzung dieser Bilanz orientierten Kennzahl untermauern kann. Das überarbeitete Rahmenwerk legt zusätzlich Wert auf die künftige Beobachtung von Rechnungslegungsstandards und –praktiken. Hierdurch sollen neben dem Geschäftsmodell inhärenten Unterschieden, auch jene Einflussfaktoren,

die aus der Rechnungslegung resultieren, angemessen berücksichtigt werden.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die überarbeiteten Baseler Rahmenregelungen zur Leverage Ratio die ursprünglichen Prinzipien teils sehr detailliert aus- und fortführen und folgende Änderungen mit sich bringen.

- » Die Übernahme der KSA CCFs ist für die Institute positiv, führt sie doch tendenziell zu einer geringeren Anrechnung im Rahmen der Gesamtrisikopositionsmessgröße.
- » Die Anrechnung der verkauften Kreditderivate zum Nominal konterkariert dies für diverse Häuser und stellt ein Novum dar. Diese Regelung dürfte insbesondere nachteilige Auswirkungen auf die Leverage Ratio Werte der Investmentbanken haben.
- » Die vorgesehenen Regelungen zum Netting sind weit aus konservativer als die gegenwärtigen Regelungen innerhalb der CRR. Kommt es im Rahmen des avisierten delegierten Rechtsaktes zu einer 1:1 Umsetzung der Regelungen, ergeben sich tendenziell negative Auswirkungen auf die Höhe der Leverage Ratio.

Mit den vorgelegten Änderungen reagiert der Baseler Ausschuss auf die vorgebrachte Kritik, dass gleiche Sachverhalte aufgrund unterschiedlicher Rechnungslegungsstandards international nicht vergleichbar seien. Aus Sicht der europäischen Institute bleibt abzuwarten, ob die eigentlich für die großen, international ausgerichteten Institute vorgesehenen Regelungen tatsächlich 1:1 in die Capital Requirements Regulation (CRR) übernommen werden. Insbesondere im Hinblick auf die aktuell nutzbaren Nettingregelungen würde dies zu tendenziell negativen Auswirkungen auf die Höhe der Leverage Ratio führen.

2. Baseler Konsultationspapier zur Net Stable Funding Ratio

Am 12. Januar 2014 veröffentlichte der Baseler Ausschuss ein zweites Konsultationspapier unter dem Titel **Basel III: Die strukturelle Liquiditätsquote (The Net Stable Funding Ratio)** zur Definition der Net Stable Funding Ratio (NSFR). Das erste Konsultationspapier erschien im Jahr 2009 („International Framework for Liquidity Risk Measurement, Standards and Monitoring“), welches Ende 2010 in das bereits damals als Standard publizierte Basel-III-Rahmenwerk integriert worden war.

Die NSFR ist ein zentraler Bestandteil der Basel-III-Reformen, die den Bankensektor widerstandsfähiger machen sollen. Sie verlangt, dass Banken im Verhältnis zu ihren jeweiligen bilanzwirksamen und außerbilanziellen Aktivitäten ein stabiles Finanzierungsprofil aufweisen. Damit soll die Wahrscheinlichkeit eines Liquiditätsengpasses auf mittelfristige Sicht verringert werden, falls sich die Liquiditätsposition einer Bank im Falle von Störungen bei ihren regulären Refinanzierungsquellen derart verschlechtert,

dass sich ihr Ausfallrisiko erhöht und es womöglich zu systemweiten Anspannungen kommt. Die NSFR begrenzt insbesondere die übermäßige Abhängigkeit von kurzfristigen Mittelaufnahmen bei Firmenkunden, erhöht den Anreiz für eine bessere Einschätzung des Refinanzierungsrisikos sämtlicher bilanzwirksamer und außerbilanzieller Positionen und fördert stabile Refinanzierungen. Oder anders gesagt: Der Änderungsvorschlag trägt dazu bei, instabile Refinanzierungsstrukturen auszumachen und Banken - ohne sie in ihrer traditionellen Fristentransformationsfunktion allzu sehr einzuschränken - zu ermuntern, ein stabileres Finanzierungsprofil anzustreben. Die ersten Baseler Vorschläge zur NSFR wurden wie erwähnt erstmals 2009 veröffentlicht und die Quote wurde im Dezember 2010 in den Globalen Regulierungsrahmen für widerstandsfähigere Banken und Bankensysteme von Basel III integriert. Gleichzeitig lancierte der Baseler Ausschuss damals ein rigoroses Verfahren, um den Standard und seine Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und die Realwirtschaft

zu überprüfen.

Die Änderungen der NSFR sehen hauptsächlich eine Verringerung der Klippeneffekte bei der Messung der Refinanzierungsstabilität vor – so werden Einlagen mit einer Laufzeit zwischen sechs Monaten und einem Jahr gesondert ausgewiesen und nicht mehr mit null Prozent gewichtet. Auch eine verbesserte Abstimmung mit der kurzfristigen Liquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) wird angestrebt. Darüber hinaus wurde die Kalibrierung der NSFR angepasst und die Gewichtung einiger Aktiva sowie Passiva weiter justiert.

Die Konsultationsfrist für das vorgelegte Papier endete am 11. April 2014. Die Feedbackrunde des Baseler Ausschusses dürfte aber auch in diesem Fall nicht sehr lange auf sich warten lassen, um den aus 2010 zu komplettierenden Basel-III-Standard einem möglichst baldigen gesamthaften Abschluss zuzuführen.

3. Behandlung der Margin Period of Risk (MPOR)

Im Zuge der Finanzkrise wurden eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen in der Europäischen Union erlassen, mit dem Ziel, das Finanzsystem unter anderem in Bezug auf Derivate zu stärken und stabiler zu gestalten. Neben der „European Market Infrastructure Regulation“ (EMIR) als Hauptregelwerk für die Behandlung von insbesondere bilateral gehandelten Derivaten, wird in der sogenannten „Capital Requirements Directive“ (CRD IV)⁴ bzw. der „Capital Requirements Regulation“ (CRR)⁵ unter anderem auch die Eigenkapitalunterlegung derartiger Produkte geregelt.

Zum vollständigen und einheitlichen Wirksamwerden der CRR, wurde die Europäische Bankenaufsicht (EBA) damit beauftragt diverse „Technische Regulierungsstandards“ (Regulatory Technical Standards, RTS) bzw. „Technische Durchführungsstandards“ (Implementing Technical Standards, ITS) auszuarbeiten. Diese sind Teil des „Single Rulebook“, das der Sicherstellung einer regulatorischen Harmonisierung auf europäischer Ebene dient.

Bezugnehmend auf Artikel 305 (5) der CRR, hat die EBA im Februar diesen Jahres einen weiteren Regulatory Technical Standard (RTS) unter dem Titel **Draft regulatory techni-**

cal standards on the margin periods of risk used for the treatment of clearing members' exposures to clients under Article 304(5) of Regulation (EU) No 575/2013 zur Konsultation veröffentlicht; die Konsultationsfrist endete am 9. Mai 2014. Hierin wird die minimale Glattstellungsdauer (Margin Period of Risk, MPOR) definiert, die Clearing Member (CM) zur Kalkulation von Forderungen gegenüber Clients⁶ heranziehen sollen, wenn diese ihre Derivate über den CM clearen. Die MPOR wird definiert als der Zeitraum zwischen dem zuletzt getätigten Sicherheitenaustausch (zur Abdeckung eines Netting-Sets) mit einer potentiell ausfallenden Gegenpartei und dem Zeitpunkt des Close-Outs der Transaktionen sowie das hieraus resultierende gehedgte Marktrisiko. Es handelt sich dabei um die MPOR, welche die CM für alle ihre Modelle zur Berechnung der regulatorischen Anforderungen für das Kontrahentenrisiko (Counterparty Credit Risk, CCR) nutzen. Hierbei wird das volle Spektrum an Derivatetypen abgedeckt. Die Forderungen des CM gegenüber einer zentralen Gegenpartei (Central Counterparty, CCP) bleiben dabei unberücksichtigt.

Im September 2013 veranstaltete die EBA einen Round-Table mit CCPs und CM, um die Sicht der Interessenvertreter

⁴ Von den Mitgliedsstaaten der EU erst in nationales Recht umzusetzen

⁵ Von den Mitgliedsstaaten der EU unmittelbar anzuwenden

⁶ Als Clients werden Marktteilnehmer bezeichnet, die keine eigene Anbindung an einen Zentralen Kontrahenten (Central Counterparty Party, CCP) haben und das Clearing ihrer Derivate über CM durchführen.

zu erfahren und darauf aufbauend ihre Empfehlungen zu erlassen. Aus diesem Grund zielt der Vorschlag der EBA darauf ab, die operationelle Belastung so gering wie möglich zu halten, gleichzeitig jedoch die Risiken in angemessener Weise zu erfassen. Folglich wurden die Methoden der CCPs in Bezug auf Schätzungen von Liquiditätszeiträumen als die am besten geeignete vorhandene Alternative für die MPOR angesehen. Wenngleich die Risiken, denen eine CCP ausgesetzt ist, nicht gleichzusetzen ist mit den Risiken, denen ein CM ausgesetzt ist, wurde die Berechnungsmethodik der CCP als aussagekräftig beurteilt. Insbesondere auch deshalb, weil sie beispielsweise die Liquidierbarkeit einer Derivateklasse und die Konzentration der Positionen in dieser Klasse sowie Besonderheiten eines speziellen Marktes (zum Close-Out oder Hedging einer Position) berücksichtigt. Wichtig wurde auch die Tatsache erachtet, dass die Methoden der CCP von der Aufsicht genehmigt werden müssen und mit den EMIR-Anforderungen abgestimmt sind.

- » Zwischen fünf Arbeitstagen und der längsten Liquidationsperiode eines Kontraktes oder des Netting-Sets (wenn Transaktionen von einem Qualifizierten CCP gecleart wurden).
- » Mindestens 10 Arbeitstage (wenn Transaktionen mit einem CCP gecleart wurden, der kein qualifiziertes CCP ist).

Für Clients bedeutet dies, je höher seine Ausfallwahrscheinlichkeit desto höher die MPOR in Bezug auf seine Kontrakte und somit der Zeitraum der Glattstellungsdauer. Insgesamt wird durch die Anforderungen im Rahmen der MPOR die Risikobetrachtung der CM gegenüber potentiell ausfallenden Clients sensibler, bei gleichzeitig geringem operationellem Aufwand für die Institute.

Nach Redaktionsschluss wurde das finale Papier veröffentlicht.

Unter diesen Annahmen wird für die MPOR eines Netting-Sets zwischen folgenden Zeiträumen unterschieden:

4. Erleichterte Datenanforderungen im Rahmen der IRBA-Einführung

Zur Umsetzung der neuen aufsichtlichen Anforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) werden von der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) verschiedene technische Regulierungs- und Durchführungsstandards vorgelegt. Am 7. März 2014 wurde in diesem Rahmen das Konsultationspapier **Draft Regulatory Technical Standards specifying conditions according to which competent authorities may permit institutions to use relevant data covering shorter time period (data waiver permission)** veröffentlicht.

Die Einführung eines auf internen Einstufungen basierten Ansatzes (IRB-Ansatz) zur Ermittlung risikogewichteter Positionsbeträge bedarf einer Genehmigung durch die Aufsicht. Zu den Anforderungen, die ein Institut bei einem solchen Antrag auf Genehmigung zu erfüllen hat, gehört insbesondere eine Mindestlänge für die Datenhistorie. Entsprechend den Regelungen der CRR (Artikel 180(1), 180(2), 181(2) und 182(3)) ist es jedoch unter Umständen zulässig, zum Zeitpunkt der Einführung des IRB-Ansatzes eine Datengrundlage zu verwenden, die einen Zeitraum von nur zwei Jahren abdeckt, während standardmäßig eine Abdeckung von mindestens fünf Jahren verlangt wird. Diese

Regelungen bezwecken, die Anwendung des IRB-Ansatzes zu fördern. Der Gegenstand des von der EBA vorgelegten Diskussionspapiers sind Einzelheiten, unter welchen Voraussetzungen die Genehmigung von Erleichterungen bezüglich der Datengrundlage durch Aufsichtsbehörden möglich ist.

Die unter den Anwendungsbereich der Erleichterungsregel fallenden Risikoparameter sind von der relevanten Forderungsklasse abhängig. Im Fall von Retailgeschäft sind hierunter die Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD), Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default – LGD) sowie des Kreditumrechnungsfaktor (Credit Conversion Factor – CCF) zu subsumieren. Im Fall von Nicht-Retailgeschäft (Unternehmen u.a.) trifft dies nur auf die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) zu. Darüber hinaus ist eine Erleichterung für Nicht-Retailgeschäft nur dann möglich, wenn das Institut den Basis-IRB-Ansatz anwendet, d.h. über keine Erlaubnis zur Nutzung selbstgeschätzter LGD's und CCF's verfügt.

Die Schätzung von Risikoparametern auf einer weniger umfangreichen Datengrundlage ist schlechterdings mit einer höheren Unsicherheit verbunden. Im Hinblick auf eine

Begrenzung der potentiellen Auswirkungen dieser höheren Unsicherheit auf die Eigenmittelanforderungen beabsichtigt die EBA deshalb einschränkende Voraussetzungen für die Genehmigung von derartigen Erleichterungen einzuführen. Die Voraussetzungen, welche diesbezüglich in dem Konsultationspapier der EBA aufgeführt sind, betreffen in erster Linie die Forderungsklassen sowie das Volumen der Nutzung von Erleichterungen:

- » Für die Forderungsklassen Zentralstaaten, Zentralbanken, Institute wird eine derartige Erleichterung ausgeschlossen.
- » Für Portfolios des Firmenkundengeschäfts mit nur wenigen Ausfällen oder keinen Ausfällen (low-default portfolios) wird eine derartige Erleichterung ausgeschlossen.
- » Für Portfolios, die zum Zeitpunkt der Zulassung für die Nutzung des IRB-Ansatzes noch nicht existierten, wird die Anwendung der Erleichterungsregelungen ausgeschlossen.
- » Das Volumen der Risikopositionen, für welche die Erleichterung in Anspruch genommen wird, soll fünf Prozent des Gesamtvolumens aller Risikopositionen nicht überschreiten.
- » Die Summe der risikogewichteten Positionsbeiträge, für welche die Erleichterung in Anspruch genommen wird, soll fünf Prozent der Gesamtsumme aller risikogewichteten Positionsbeiträge nicht überschreiten.

Die Volumen von Risikopositionen bzw. die Summe von risikogewichteten Positionsbeiträgen umfasst in diesem

Zusammenhang sowohl das Kreditrisiko als auch das Verwässerungsrisiko (dilution risk).

Bei Verwendung kürzerer Zeitreihen wird gefordert, dass ein angemessener Aufschlag bei der Parameterschätzung erfolgt, um ein konservatives Niveau zu erreichen, wodurch die größere Unsicherheit berücksichtigt werden soll. Außerdem sind bei einer kürzeren Datenhistorie erhöhte Anforderungen an die Datenüberprüfung (Bewertung hinsichtlich Vollständigkeit, Genauigkeit, Angemessenheit, ...) zu stellen. Weiterhin ist vor einer Genehmigung von Erleichterungen nachzuweisen, dass für die Abdeckung eines längeren Zeitraums tatsächlich Daten nicht verfügbar sind oder die verfügbaren Daten für die benötigten Auswertungen ungeeignet wären. Eine Datengrundlage, die lediglich einen Zeitraum von zwei Jahren abdeckt, ist höchstens zum Zeitpunkt der Einführung des IRB-Ansatzes zulässig. Zu einem späteren Zeitpunkt ist eine Sammlung von Daten für einen längeren Zeitraum erforderlich. Nach fünf Jahren Anwendung eines IRB-Ansatzes durch ein Institut sind Erleichterungen hinsichtlich der Länge der berücksichtigten Datenhistorie schließlich nicht mehr zulässig.

Das Diskussionspapier betrifft explizit nicht Genehmigungen von Erleichterungen, die bereits in der Vergangenheit erteilt wurden. Dementsprechend richtet sich das Papier an Institute, die noch nicht den IRB-Ansatz anwenden, jedoch einen Antrag auf die Anwendung des IRB-Ansatzes beabsichtigen.

5. Verwendung selbst berechneter Delta-Faktoren

Gemäß Artikel 329 Abs. 1 Satz 4, 352 Abs. 1 Satz 3 und 358 Abs. 3 Satz 4 der Capital Requirements Regulation (CRR) ist die BaFin befugt, den Instituten die Verwendung von selbst berechneten Delta-Faktoren zu erlauben. In diesem Zusammenhang hat die BaFin am 26. März 2014 unter dem Titel **„Genehmigungsverfahren bei Verwendung selbst berechneter Delta-Faktoren“** ein entsprechendes Konsultationspapier veröffentlicht, welches den Prozess der Antragstellung und des Genehmigungsverfahrens regelt. Die Frist zur Stellungnahme zu dem vorgelegten Konsultationspapier endete am 22. April 2014.

Grundsätzlich sehen die Regelungen der CRR die Verwendung von an den relevanten Börsen veröffentlichten Delta-Faktoren vor. Erst wenn diese nicht vorhanden sind oder es sich um eine nicht börsengehandelte Option handelt,

können die Institute bei Vorliegen einer entsprechenden Genehmigung durch die Aufsicht auf selbst ermittelte Delta-Faktoren zurückgreifen.

Gemäß dem vorgelegten Konsultationspapier gliedert die BaFin das schriftliche Antragsverfahren in vier Teile:

- » In dem ersten Teil werden die Institute aufgefordert, alle Optionspreismodelle aufzulisten, mit denen sie die Delta-Faktoren für Optionen zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für das Positionsrisiko, Fremdwährungsrisiko oder Warnpositionsrisiko ermitteln wollen. Der Begriff „Optionspreismodelle“ umfasst in diesem Zusammenhang insbesondere:
- » Die Datenquellen aus denen zum Zeitpunkt der Antragstellung die Bewertungsparameter bezogen werden.

- » Für die Bewertungsparameter die aus Preisen von Instrumenten abgeleitet werden zusätzlich:
 - Eine Festlegung, welche Preise welcher Instrumente zur Ermittlung der Bewertungsparameter genutzt werden.
 - Die Datenquelle aus der die Preise bezogen werden.
 - Den mathematischen Algorithmus, der zur Ableitung der Bewertungsparameter genutzt wird.
 - Den mathematischen Algorithmus zur Bestimmung der Delta-Faktoren von Optionen.
- » In dem zweiten von der BaFin vorgesehenen Teil des Antrages sollen die Institute eine zusammenfassende Beschreibung der verwendeten Optionspreismodelle abgeben. Diese Zusammenfassung soll die mathematische Struktur sowie die verwendeten Datenquellen bezüglich der Parameter enthalten. Hierbei kann das Institut auch auf Unterlagen Dritter verweisen.
- » Im Rahmen des dritten Antragsteils werden die Institute aufgefordert, quantitative Angaben bezüglich der Bedeutung des jeweiligen Optionspreismodells für ihr eigenes Haus zu machen. Hierbei gibt das Institut an, wie hoch die berechneten Delta-Äquivalente je Optionspreismodell zum Antragszeitpunkt sind, wobei die Brutto-Deltaäquivalente, die Netto-Deltaäquivalente als auch die gewichteten Netto-Deltaäquivalente anzugeben sind.
- » Im Rahmen des vierten Teils werden die Institute aufgefordert, dem Antrag eine Bestätigung ihres Abschlussprüfers beizufügen, in welcher dieser zu der Frage Stellung nimmt, ob er begründete Zweifel an der Angemessenheit der verwendeten Optionspreismodelle hat.

Ferner weist die BaFin in ihrem Konsultationspapier auf die Übergangsfristen des § 38 Absatz 2 der Solvabilitätsverordnung hin. Hiernach konnten Institute bis zum 31. Januar 2014 anzeigen, dass sie bereits zum 31. Dezember

2012 selbst ermittelte Deltaäquivalente zur Ermittlung der Eigenmittelanforderung genutzt haben. Haben die Institute dieser Anzeige eine entsprechende Stellungnahme des Jahresabschlussprüfers bezüglich der Angemessenheit der Ermittlung der entsprechenden Delta-Faktoren beigelegt, gilt die Genehmigung für das entsprechende Modell bis zum 31. Dezember 2015 als erteilt.

Verwendet ein Institut, auch unter Berücksichtigung der Übergangsfristen, ein nicht genehmigtes Modell zur Ermittlung der Delta-Faktoren, hat es unverzüglich, spätestens aber bis zum 30. Juni 2014 eine Anzeige an die Bundesanstalt und Deutsche Bundesbank zu erstatten, dass ein nicht genehmigtes Modell verwendet wurde. Zusätzlich hat dieses Institut eine Bescheinigung des Jahresabschlussprüfers bezüglich der verwendeten Modelle sowie eine Übersicht bezüglich der Deltaäquivalente einzureichen.

Weiter weist das Konsultationspapier auf die Auswirkungen der Nutzung eines nicht anerkannten Verfahrens zur Ermittlung der Delta-Faktoren hin. Hat das entsprechende Institut kein abgenommenes Verfahren zur Ermittlung der Delta-Faktoren, kann die Aufsicht die Höhe der Standardmethode-Risikopositionen sowie die anzuwendenden CCR-Multiplikatoren vorgeben. Eine weitere Möglichkeit der Aufsicht wäre die verpflichtende Verwendung der Marktwertmethode vorzuschreiben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die Institute aktueller Handlungsbedarf besteht, falls nicht bereits bis zum 31. Januar 2014 eine Anzeige an die Aufsicht bezüglich der verwendeten Optionspreismodelle erfolgt ist. Soll ein Antrag an die Bankenaufsicht gestellt werden sind die Schritte des Konsultationspapiers einzuhalten und eine Bestätigung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers beizufügen.

6. Vorsichtige Bewertung (Prudent Valuation)

Am 31. März 2014 hat die Europäische Bankenaufsicht (EBA) den finalen Entwurf der Regulatory Technical Standards (RTS) zum Thema „**Vorsichtige Bewertung**“ (**Prudent Valuation**) veröffentlicht (EBA/RTS/2014/6). Dieses Dokument bietet eine neue Fassung der schon im Konsultationspapier vom Juli 2013 veröffentlichten Methoden zur vorsichtigen Bewertung der Fair-Value-Positionen (FV-Positionen) an. Es geht grundsätzlich um eine detailliertere Darstellung

dieser Methoden mit einigen kleineren Abweichungen gegenüber der früheren Version (EBA/CP/2013/28). Die wesentlichen Inhalte bleiben dabei unberührt.

Der finale RTS-Entwurf basiert auf den Rückmeldungen zum früheren Konsultationspapier, sowie auf den Ergebnissen der diesbezüglich im Oktober 2013 durchgeführten Auswirkungsstudie.

Überblick / Zusammenfassung

Als gesetzliche Grundlage für den neuen RTS dienen die Artikel 34 und 105 der Capital Requirements Regulation (CRR - 575/2013), die eine vorsichtige Bewertung bei allen FV-Positionen erfordern. Im RTS wird die entsprechende Methodologie zur Berechnung der zusätzlichen Wertanpassungen (Additional Value Adjustment - AVA) für die Bestimmung des vorsichtigen Wertes (Prudent Value) beschrieben. Es werden, abhängig vom Handelsvolumen, zwei alternative Ansätze vorgeschlagen: der Simplified Approach und der Core Approach. Der Ansatz für die AVA-Berechnung ist direkt mit dem in der Rechnungslegung angewendeten Bewertungsansatz verknüpft. Sollte sich der Ansatz zur Bestimmung eines Fair Value ändern, wird die EBA entsprechende Anpassungen im Rahmen des vorgelegten technischen Standards vornehmen.

Zu den Finanzinstrumenten, die der Prudent Valuation zu unterziehen sind, gehören laut RTS alle FV-Positionen unabhängig davon, ob sie dem Bank- oder Handelsbuch zugeordnet sind. Ergänzend zum früheren Entwurf fallen auch die Rohstoffe in diese Kategorie.

Simplified Approach (vereinfachter Ansatz)

Der vereinfachte Ansatz ist nur von Instituten mit <15 Milliarden Euro relevantem (FV-Positionen) Geschäftsvolumen anzuwenden. Dieser Schwellenwert darf auch auf konsolidierter Ebene nicht überschritten werden. Wird dieser Schwellenwert auf konsolidierter Ebene überschritten, ist auf allen Ebenen der Core-Ansatz anzuwenden. Im Rahmen der Methodik des Simplified Approach werden die AVA als zehn Prozent der Summe der absoluten Marktwerte

sämtlicher FV-Positionen (on- & off-balance) ohne Matching und Offsetting definiert. Im früheren Entwurf war die Bezugsgröße 25 Prozent von den nicht realisierten Nettoergebnissen.

Der Core-Ansatz

Alle Banken, die den Schwellenwert an FV-Positionen überschreiten sollen den Core-Ansatz verwenden. Der Ansatz bietet ein methodisches Rahmenwerk zur AVA-Bestimmung, welches mit Hilfe einer Marktdaten-basierten oder Expertenschätzung-basierten Methode ein Zielniveau an Sicherheit von 90 Prozent erreicht. Der Ansatz unterscheidet insgesamt neun Kategorien, für welche die AVAs zu bestimmen sind: Marktpreisunsicherheit, Glattstellungskosten, ACVA, Modellrisiken, Marktliquidität, Funding Kosten, zukünftige Verwaltungskosten, frühzeitige Beendigung, operationelle Risiken. Die AVAs werden dann je Kategorie bestimmt und anschließend aggregiert. Wenn die Kalkulation der AVA nach dem Core Ansatz unmöglich und nach dem vereinfachten Ansatz nicht erlaubt ist, sollte der Fall-Back Ansatz verwendet werden.

Prozesse, Dokumentation, interne Anforderungen

Zu den qualitativen Anforderungen des vorgelegten Rahmenwerks gehören die Dokumentation der Methodik zur vorsichtigen Bewertung, Anforderungen an Systeme und Kontrollen hinsichtlich der Bewertungsprozesse sowie die Fair Value Bestimmung, Überwachung zur Festsetzung passender Datenquellen und Überprüfung hinsichtlich reduzierter Bewertungsinputs. Die Dokumentation sollte mindestens einmal jährlich überprüft und von der Geschäftsleitung genehmigt werden.

7. Technische Regulierungsstandards zur Liquidity Coverage Ratio

Die EBA veröffentlichte per Ende März 2014 die finalen Entwürfe von drei technischen Standards zum Themenkreis **„Währungen mit sehr eng definierter Zentralbank-Refinanzierungsfähigkeit, oder mit viel zu geringer Verfügbarkeit im betreffenden Währungsraum, der LCR-anerkannten liquiden Aktiva“**. Diese Publikation ist die Verabschiedung der Standard-Endfassung auf Basis von drei jeweils gleichnamigen, am 22. Oktober 2013 zur Konsultation veröffentlichten EBA-Konsultationspapieren mit den laufenden Nummern CP37-39 aus 2013, die per Ende März 2014 zur finalen Verabschiedung an die Europäische Kommission

weitergeleitet wurden.

Der ITS zur „Zentralbankfähigkeit“ stellt das aktuelle Verzeichnis derjenigen Währungen von EU-Mitgliedsstaaten dar, für welche derzeit eine solche „äußerst eng definierte“ Zentralbankfähigkeit für refinanzierungsfähige Wertpapiersicherheiten nach Einschätzung der EBA vorliegt. In aller Kürze kann das aktuelle Ergebnis dieses ITS wie folgt zusammengefasst werden: die einzige EU-Währung mit „äußerst eng definierter“ Zentralbankfähigkeit in diesem Sinne ist der bulgarische Lew (BGN).

Der ITS 2014/01 beinhaltet völlig analog zum ITS 2014/02 das aktuelle Verzeichnis derjenigen EU-Währungen, für welche diese eingeschränkte Verfügbarkeit von LCR-anerkannten liquiden Aktiva, denominiert in dieser jeweiligen Währung, nach Einschätzung der EBA zur Zeit vorliegt. Laut EBA sind davon aktuell zwei EU-Währungen betroffen: Dänische Kronen (DKK) und Norwegische Kronen (NOK).

Der zugehörige RTS 2014/04 spezifiziert die in Artikel 419 Abs. 2 CRR definierten Ausnahmen, wonach die Währung der liquiden Aktiva von der Währungsverteilung der Liquiditätsabflüsse nach Abzug der Zuflüsse abweichen darf, und die erforderlichen liquiden Aktiva durch Kreditlinien der Zentralbank des betreffenden Mitgliedstaats oder Drittlandes ersetzt werden dürfen.

8. Abflüsse aus Sicherheitenstellung

Die EBA veröffentlichte per Ende März 2014 die finalen Entwürfe Regulatorischer technischer Standards zum Thema zusätzlicher Liquiditätsabflüsse (aufgrund der Auswirkungen eines ungünstigen Marktszenarios auf die Derivatgeschäfte, Finanzierungsgeschäfte und andere Kontrakte) im Rahmen der LCR-Abflussberechnung.

Kurz gesagt stellt diese Endfassung eine ohnehin erwartete deutliche Komplexitätsreduktion der Anforderungen gegenüber der ersten Version des EBA-Konsultationspapiers CP/2013/19 dar, die ihrerseits im Vergleich zum ursprünglichen, vom Baseler Ausschuss bereits im Januar 2013 vorgeschlagenen „Historical Lookback Approach“⁷ mit drei darüber hinausgehenden, überraschend komplexen und aufwändigen Ansätzen aufgewartet hatte. Das waren im CP von 05/2013 noch eine aufwändige Standardmethode, eine vereinfachte Methode (allerdings nur für kleine Derivateportfolien als eine vorläufig gestattete Berechnungsmethode zulässig, solange das Ergebnis daraus den Bagatellwert von fünf Prozent der gesamten HQLA-Höhe in aller Regel nicht überschreitet), und eine so genannten Interne-Modell-Methode, die aber ausschließlich für Institute mit bereits aufsichtlich genehmigtem IMM-Ansatz für die Ermittlung des Kontrahentenrisiko-Eigenmittelerfordernisses zulässig sein sollte.

Dieser im EBA-CP von Mai 2013 noch vorgesehene Aufwand stand aber in einem relativ offenkundigen Missverhältnis dazu, dass das jeweilige Ergebnis der drei möglichen Methoden nur ein einziger Liquiditätsabfluss sein sollte, der die Sicherheiten-Nachschussverpflichtungen innerhalb des LCR-Horizonts von dreißig Tagen darstellen soll, welche „aufgrund der Auswirkungen ungünstiger Marktbedingungen auf die Derivatgeschäfte, Finanzierungsgeschäfte und anderen Kontrakte – falls jeweils wesentlich – benötigt werden.“ (lt. Art. 423 (3) CRR, zugleich RTS-Mandat an EBA).

Dem gegenüber sieht die Endfassung der RTS nun mehrere wichtige Erleichterungen für die Institute bei der Berechnung dieses einen Liquiditätsabflusses im Rahmen der LCR-Abflussberechnung vor:

- » Anstelle der ursprünglich vorgesehenen Bagatellschwelle als dem „Nebenprodukt“ der Berechnung der vereinfachten Methode, ab deren nachhaltiger Überschreitung zur deutlich aufwändigeren Standardmethode überzugehen wäre, wird nun im RTS eine Materialitäts-Freigrenze von zehn Prozent der, als Nenner der LCR-Quote gemeldeten, Nettoabflüsse eingeräumt. Erst wenn die Summe der Nominalwerte aller relevanten Derivate – und ähnlicher – Kontrakte diese neue Freigrenze überschreitet, muss diese Berechnung überhaupt rechnerisch berücksichtigt werden.
- » Die ursprünglich vorgesehene „Standardmethode“ (sowie die nur vorläufig zulässige Vorstufe der „vereinfachten Methode“) finden sich nun in der RTS-Endfassung beide nicht mehr. Damit wurden die, auch seitens EBA als berechtigt akzeptierten, diesbezüglichen Feedbacks aus der dreimonatigen Konsultation zu CP/2013/19 (16 Einzelstellungnahmen veröffentlicht) jedenfalls berücksichtigt.
- » Stattdessen wird nun doch auch von der EBA der 2013 vom Baseler Ausschuss entworfene „Historical Lookback Approach“ als Pflichtmethode für alle Institute übernommen, die den zusätzlichen Liquiditätsabfluss gemäß Art. 423 (3) in ihre LCR-Berechnung mit aufnehmen müssen. Abgesehen von dieser expliziten Befreiung stimmen die EBA-Vorgaben mit dem Baseler „Historical Lookback Approach“ (HLBA) im Wesentlichen überein.
- » Als EBA-Weiterentwicklung der im betreffenden CP 2013 vorgeschlagenen Interne-Modelle-Methode sieht die Endfassung des RTS nun einen so genannten AMAO-Ansatz vor („Advanced Method for Additional Outflows“).

⁷ Siehe im Standarddokument „Basel III: The Liquidity Coverage Ratio and liquidity risk monitoring tools“ (BCBS, Jan. 2013), § 123, Auszug: „Any out-flow generated by increased needs related to market valuation changes should be included in the LCR calculated by identifying the largest absolute net 30-day collateral flow realised during the preceding 24 months. The absolute net collateral flow is based on both realised outflows and inflows.“

Wie zuvor die Interne-Modelle-Methode ist auch dieser AMAO nur für IMM-Institute (Säule-1-Kontrahentenrisiko) zulässig.

Im Unterschied zur ursprünglichen CP-Version der Interne-Modelle-Methode müssen nun alle IMM-Institute, welche den AMAO-Ansatz anwenden möchten, trotzdem die Höhe des zusätzlichen Liquiditätsabflusses, der sich aus dem einfachen HBLA ergibt, als Untergrenze („Floor“) laufend beachten.

Abschließend sei an dieser Stelle noch auf einen formalen Aspekt hingewiesen. Entgegen der EBA-Mandatserteilung in Artikel 423 Absatz 3 CRR wurden in der RTS-Endfassung

die Finanzierungsgeschäfte (secured financing transactions) nun doch nicht mit in der LCR-Abflussberechnung erfasst. Dazu wird im vorgelegten RTS angemerkt, dass die geringe Materialität der Nettoabfluss-Auswirkung der Finanzierungsgeschäfte die ursprünglich angedachte Mitberechnung davon unnötig erscheinen ließ. Tatsächlich dürften allerdings auch dabei einige diesbezüglich negative Feedbacks aus der dreimonatigen Konsultation 2013 zum CP/2013/19 den Ausschlag gegeben haben. Unter anderem zu diesem Themenkreis „zu erfassende Kontrakttypen“ sollen laut EBA diese RTS bereits im Lauf der nächsten zwei Jahre einem/r nochmaligen Review und gegebenenfalls Neufassung unterzogen werden.

9. Neues Baseler Großkreditregime

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat am 15. April 2014 unter dem Titel „**Supervisory framework for measuring and controlling large exposures**“ ein neues Rahmenwerk zum Großkreditregime veröffentlicht. Bei dem vorgelegten Papier handelt es sich um die finale Fassung eines Konsultationspapiers vom 26. März 2013, welches wir bereits überblicksartig in den RegNews 02 I 2013 vorgestellt haben.

http://www.sks-group.eu/fileadmin/Content-Pool/SKS/downloads/Reg_Newsletter/RegNews_02_2013.pdf

Auch die aktuelle Fassung ist noch nicht in allen Punkten final, da bestimmte Regelungen erst im Jahr 2016 endgültig vorgegeben werden sollen. Nachfolgend geben wir einen Überblick über die wichtigsten Eckpunkte und Änderungen in Bezug auf das Konsultationspapier.

Großkreditobergrenze und Eigenkapitalbasis

- » Das anrechenbare Eigenkapital (eligible capital) umfasst in Bezug auf die Großkreditdefinitions- und Großkreditobergrenze das gesamte Kernkapital (Tier 1) ohne Ergänzungskapital. Die Großkreditobergrenze soll weiterhin 25 Prozent des anrechenbaren Eigenkapitals betragen.

Großkreditdefinition

- » Die Großkreditdefinitionsgrenze liegt gemäß dem Baseler Papier wie aktuell bei zehn Prozent des anrechenbaren Eigenkapitals.
- » Sicherheitengeber (credit protection provider) sind künftig in jedem Fall als Kontrahenten im Großkreditregime

zu berücksichtigen. Dabei ist die erworbene Sicherheit (finanzielle Sicherheit oder Garantie) in Höhe ihrer relevanten Bemessungsgrundlage dem Sicherheitengeber zuzurechnen und belastet dessen Großkreditgrenzen (Anzeige- und Anrechnungsbetrag). Eine Ausnahme bilden hier Credit Default Swaps (CDS) zur Absicherung von Handelsbuchpositionen, deren Behandlung sich nun enger an die risikobasierte Eigenkapitalregelung anlehnt.

Gruppe verbundener Kunden

- » Beziehungen aufgrund von Kontrolltatbeständen einerseits sowie auf Basis einer wirtschaftlichen Abhängigkeit andererseits, begründen künftig nicht mehr zwei gesonderte Kreditnehmereinheiten. Vielmehr führen diese Sachverhalte zu einer einzigen Gruppe verbundener Kunden (GvK).
- » Für die Prüfung von möglichen wirtschaftlichen Abhängigkeiten (Bildung Risikoeinheit) wird eine Schwelle von fünf Prozent der anrechenbaren Eigenmittel eingeführt, ab der alle einzelnen Kreditnehmer auf mögliche Risikoeinheiten überprüft werden sollen.

Kreditdefinition

- » Aktuell steht es den Instituten frei, OTC Derivate unter Anwendung der Marktbewertungsmethode (CEM), der Standardmethode (SM) oder aber auf Basis der Internen Modelle Methode (IMM) im Rahmen des Großkreditregimes zu berücksichtigen. Die bisher bekannte Marktbewertungsmethode soll künftig durch ein neues Verfahren (SA-CCR) ersetzt werden, welches ab 2017 auch für die Eigenmittelanforderungen gelten soll⁸. Die

Anwendung der Internen Modelle Methode (IMM) wird dann ebenfalls nicht mehr möglich sein.

- » Wenn für Wertpapierleihe- und Pensionsgeschäfte die umfassende Methode des Kreditrisikostandardansatzes angewendet wird (welche bis dahin voraussichtlich überarbeitet ist), sind die aufsichtlichen Standardabschläge (Haircuts) anzusetzen.
- » Im Rahmen der Bestimmung der relevanten Bemessungsgrundlage sind künftig alle traditionellen außerbilanziellen Geschäfte mit einem Kreditkonversionsfaktor (CCF) analog dem Standardansatz anzusetzen, wobei aber ein Floor von zehn Prozent gilt.

Kreditrisikominderungstechniken

- » Die Kreditrisikominderungstechnik, die das Institut für seine Eigenmittelanforderungen verwendet, soll auch für das Großkreditregime übernommen werden, vorausgesetzt, diese ist unter den Großkreditbestimmungen anerkannt.
- » Physische Sicherheiten, wie grundpfandrechtliche Sicherheiten, sollen zur Kreditrisikominderung nicht mehr zugelassen werden, da diese nicht unmittelbar verfügbar und liquide sind.

Netting im Handelsbuch

- » Die Verrechnung von Kauf- mit Verkaufspositionen in unterschiedlichen Instrumenten eines Emittenten wird künftig nur noch dann gestattet, wenn die Verkaufsposition (short position) nachrangig gegenüber der Kaufposition (long position) ist, oder wenn beide Positionen gleichrangig sind.
- » In Anbetracht der Schwierigkeiten zur Bestimmung des relativen Ranges einer Position ist die Allokation in unterschiedliche Kategorien möglich.

Anrechnung von bestimmten Krediten auf die Obergrenze

- » Taggleich ausgeglichene Interbankkredite (intraday interbank exposures) sollen zwar explizit von der Anrechnung auf die Großkreditobergrenze ausgenommen werden, bezüglich anderer Interbankkredite (z.B. overnight exposures) wird jedoch erst 2016 (nach einer Beobachtungsperiode) entschieden, ob diese ebenso Anrechnungserleichterungen unterliegen.
- » Gedeckte Schuldverschreibungen dürfen nach dem Baseler Ausschuss mit einem Prozentsatz von unter 100 Prozent angerechnet werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dabei ist jedoch ein An-

rechnungswert von 20 Prozent des Nominalwerts vorgesehen, im Gegensatz zur aktuellen Nullanrechnung nach CRR bzw. GroMiKV.

Investmentfonds, Verbriefungen und andere Konstrukte

- » Bei Investments in Fonds, Verbriefungen und andere Konstrukte, denen jeweils mehrere Adressen zugrundeliegen, soll die Granularitätsschwelle, ab der die Durchschau erforderlich wird, ebenso wie nach den aktuellen Vorgaben der EBA, bei 0,25 Prozent der Eigenmittel liegen (wenn ein zugrundeliegender Vermögenswert 0,25 Prozent der Eigenmittel erreicht).

Zentrale Kontrahenten

- » Für Forderungen gegenüber qualifizierten zentralen Kontrahenten (Q-CCP) wird erst nach einer Beobachtungsperiode, im Jahr 2016 entschieden, ob diese einer Großkreditobergrenze unterliegen. Bis dahin kann angenommen werden, dass deren Verbindlichkeiten aus der Clearingtätigkeit anrechnungsfrei bleiben.
- » Forderungen gegenüber nicht-qualifizierten zentralen Kontrahenten (non-QCCP) unterliegen grundsätzlich der Großkreditobergrenze von 25 Prozent. Nicht anzurechnen sind dabei die Beiträge zum ungedeckten Ausfallfonds und die getrennt geführten initial margins. Das Engagement aus den Handelspositionen soll genauso wie im Standardansatz für Kontrahentenrisiken (Eigenmittelanforderungen) behandelt werden. Verwiesen wird auf das finale Baseler Papier dazu, welches ebenso im April veröffentlicht wurde und ab 1. Januar 2017 anzuwenden ist (<http://www.bis.org/publ/bcbs282.pdf>). Danach wären indirekte Clearing-Geschäfte eines Client mit einem Clearing Member (gecleart über Q-CCP) mit zwei Prozent anzurechnen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Systemrelevante Banken

- » Bei großen, weltweit agierenden Instituten, die vom Baseler Ausschuss als global systemrelevant (G-SIBs) eingestuft werden, soll bei gegenseitigen Forderungen eine Großkreditobergrenze von 15 Prozent der Eigenmittel gelten.

Einführung der Vorgaben

- » Die endgültigen Vorgaben sollen zum 1. Januar 2019 eingeführt werden, wobei keine Übergangsregelungen vorgesehen sind.

^a Siehe BCBS 279 The standardised approach for measuring counterparty credit risk exposures

» Die nationalen Bankenaufsichtsbehörden können vor 2019 Meldungen auf Basis der neuen Regelungen erheben, um den Instituten die Umstellung zu erleichtern und eventuelle Schwierigkeiten frühzeitig zu identifizieren. Analog dem bereits bekannten Basel-III-Monitoring kann insofern davon ausgegangen werden, dass im Rahmen des Großkreditreportings künftig entsprechende Meldungen zu erstellen sind.

Fazit

Im Vergleich zu dem Konsultationspapier sind folgende gravierende Änderungen in der aktuellen Fassung enthalten:

» Overnight Interbankkredite sind nicht mehr explizit als anrechnungsfrei aufgeführt (Entscheidung wird erst 2016 gefällt)

» Die Meldeschwelle bleibt bei zehn Prozent der anrechenbaren Eigenmittel

» Berechnungsbasis (anrechenbare Eigenmittel) ist das gesamte Kernkapital (Tier-1 Kapital)

» Für Kredite an G-SIB gilt eine Großkreditobergrenze von 15 Prozent der anrechenbaren Eigenmittel

» Eine Prüfschwelle zur Bildung von Risikoeinheiten bei Exposures größer fünf Prozent der Eigenmittel wird eingeführt

» Für außerbilanzielle Geschäfte werden die CCF aus dem Standardansatz mit Floor von zehn Prozent übernommen

» Die CRM-Methoden aus den Eigenmittelanforderungen sind zu übernehmen

» Bei der Durchschau gilt eine Granularitätsschwelle in Höhe von 0,25 Prozent der Eigenmittel

» Für gedeckte Schuldverschreibungen gibt es Anrechnungserleichterungen

» Für CCP-Exposures erfolgt eine Analyse bis 2016 ob gegebenenfalls eine Großkreditobergrenze eingeführt wird

10. Bankenstresstests im Überblick

Anfang April 2014 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) die Methodik und die makroökonomischen Szenarien für den Bankenstresstest veröffentlicht. Hiermit ist der gemeinsame Stresstest der EBA und der Europäischen Zentralbank (EZB) für die betroffenen und zur Teilnahme aufgeforderten Institute angelaufen; die Institute setzen sich seitdem intensiv mit Stresstest-Anforderungen, Datenerhebungen und -aufbereitungen auseinander.

Der Stresstest ist Teil der umfassenden Bankenprüfung (Comprehensive Assessment), die der Vorbereitung auf den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken in der EU (Single Supervisory Mechanism – SSM) dient. Insgesamt werden am Stresstest über 128 europäische Institutsgruppen teilnehmen, die gemessen an der Bilanzsumme, jeweils mindestens 50 Prozent der nationalen Bankensektoren abdecken. Ziel des Stresstests ist es herauszufinden, wie widerstandsfähig die Institute gegen verschärfte Marktbedingungen aufgestellt sind und sich ihre Kapitalausstattung unter Stressbedingungen verhält. Ferner soll mit dem Stresstest vor allem das Vertrauen der Investoren in die Widerstandsfähigkeit der Banken gegenüber weiteren Schocks, die in außerordentlichen Marktsituationen auftreten, gestärkt werden.

Die Methodik des Stresstest und die ihr zugrunde liegenden Annahmen decken Kredit-, Markt- und Verbriefungsrisiken,

Refinanzierungs- sowie Staatsrisiken ab. Sie beruht auf einer Reihe von Schlüsselannahmen, wie der Annahme einer statischen Bilanz, die bilanzverändernde Maßnahmen der Banken ausschließt, spezielle Szenarien für Markt- und Verbriefungsrisiken, verschiedene Ober- und Untergrenzen für Zinserträge sowie einer spezifischen Methodik für die Ermittlung der risikogewichteten Aktiva (Risk-Weighted Assets – RWA). So sind diese weitestgehend mit eigenen Methoden separat von den übrigen Risiken zu simulieren. Die Methodik und die makroökonomischen Szenarien sind für alle teilnehmenden Banken einheitlich und die Offenlegung ist so abgestimmt, dass die Ergebnisse kohärent und vergleichbar sind.

Die Rollen- und Aufgabenverteilung der Behörden setzt sich so zusammen, dass die Europäische Bankenaufsicht (EBA) die grundlegenden Kompetenzen im Rahmen des Stresstests trägt, was u.a. die Entwicklung und Versorgung der EZB mit einer konsistenten und vergleichbaren Methodik umfasst. Die Stressszenarien werden vom European Systemic Risk Board ESRB bereitgestellt. Die EU-Benchmarks für die Risikoparameter werden den nationalen Aufsichtsbehörden zwecks Konsistenzprüfung von der EBA zur Verfügung gestellt. Die Schlüsselrolle der EBA liegt in der Gewährleistung einer effektiven Kommunikation, Koordinierung zwischen den nationalen und zentralen Behörden und der Offenlegung der Stresssergebnisse der Banken. Die

Europäische Zentralbank (EZB) und die jeweils zuständige nationale Behörde (CA = Competent Authorities) sind verantwortlich für die korrekte Anwendung der Methodik, die von der EBA veröffentlicht wurde. Zu den Aufgaben gehört ebenfalls die Beurteilung der Zuverlässigkeit, Robustheit, Daten, Ergebnisse und Schätzungen der Institute. Des Weiteren sind EZB und die CA's für die Qualitätssicherung verantwortlich. Im Rahmen des EBA-Stresstests ist die EZB erstmalig für die Durchführung des Stresstests mitverantwortlich. Dies dient als Vorbereitung auf ihre zukünftige, neue aufsichtsrechtliche Rolle.

Der EBA-Stresstest ist ein multivariater Test, der eine simultane Veränderung mehrerer Risikofaktoren vornimmt. Zu den Szenarioanalysen gehören sowohl historische und hypothetische Szenarien als auch eine Kombination von beiden Szenariotypen. Zudem unterscheidet sich der EBA-Stresstest von den institutsinternen Stresstests dadurch,

dass es ein impliziter Stresstest ist, der eine Veränderung von makroökonomischen Risikofaktoren annimmt. Diese Risikofaktoren haben wiederum einen Einfluss auf die Risikoparameter, wie Ausfallwahrscheinlichkeit, Korrelationen, Wechselkurse, Zinssätze usw. Dies umfasst etwa die Simulation eines konjunkturellen Abschwungs, gemessen durch einen Rückgang des BIP. Darüber hinaus beruht der EBA-Stresstest auf der Simulation zweier übergeordneten Szenarien, einem „Basis-Szenario“ und einem „adversen Szenario“. Das Basis-Szenario spiegelt die erwartete wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone wider, wobei das adverse Szenario die wichtigsten systemischen Risiken für den europäischen Bankensektor abdeckt.

Der Zeitablauf

Grundlegend ist folgender zeitlicher Ablauf für die Durchführung des EAB-Stresstests geplant (vgl. Abbildung 1):

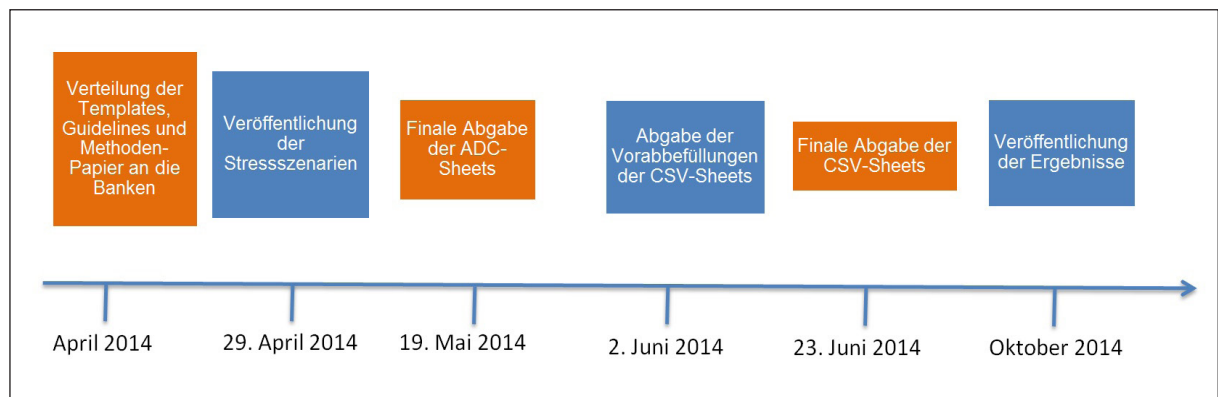


Abbildung 1: Zeitplanung EBA-Stresstest

Anfang April 2014 fand die erstmalige Auslieferung der Stresstesting-Templates (zur Ergebnisbefüllung durch die betroffenen Institute), der Guidelines und den Methoden-Papieren durch die EZB statt. Die eigentlichen Stressszenarien zur Durchführung des Stresstests wurden trotz des schon bereits bestehenden engen Rahmengerüsts zeitversetzt erst per 29. April 2014 durch die EBA veröffentlicht. Darüber hinaus enthielt die erste Version der Entwurfsdokumente, die Anfang April 2014 veröffentlicht wurden diverse Fehler, so dass entsprechender Korrekturbedarf entstand. Das finale Template erschien somit auch erst per Ende April, wodurch die sich Fristen zu Lasten der Institute verkürzten. Die Bereitstellung der für den 19. Mai 2014 angekündigten Kreditrisiko-Benchmark-Parameter ist erst am 6. Juni 2014 erfolgt, was einen enormen Zeitdruck für die Institute verursacht, die sich im Kreditrisiko-Standardansatz befinden.

In der ersten Phase des Stresstests ist die Abgabe der ADC Sheets zum 19. Mai 2014 vorgenommen worden. Diese beinhalten Bestandsdaten zur Jahresbilanz (Stich-

tage 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012) und zum Kreditrisiko.

Die Deutsche Bundesbank (BuBa) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben zudem eine erste Abfrage des IST-Bestandes für die CSV Sheets zum 2. Juni 2014 vorgenommen, um entsprechende Vorabprüfungen und Qualitätssicherung vornehmen zu können. Die finale Abgabe an die EBA erfolgte am 23. Juni 2014. Dies stellt eine erhebliche Verkürzung der Frist dar, da ursprünglich die finale Abgabe für Mitte Juli 2014 geplant war. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse durch die EBA ist im Oktober 2014 zu rechnen.

Die Stressparameter

Im Wesentlichen deckt der Stresstest die Bereiche Kreditrisiko, Marktrisiko, Funding, Risiken aus Verbriefungstransaktionen, Länderrisiken sowie die Simulation der GuV- und Kapitalbestandteile ab. Alle Bereiche sind mehr oder weniger stark miteinander verknüpft, so dass diverse

Zwischenergebnisse aus den einzelnen Teilbereichen als Eingangsparameter in andere Risikobereiche einlaufen. Die makroökonomischen Szenarien gelten übergreifend für alle beschriebenen Bereiche, wobei zum Teil spezifische Vorgaben für einzelne Bereiche gemacht worden sind. Dies betrifft etwa eigenständige Stressszenarien für diverse Marktparameter, Länderrisiken und Risiken aus Verbriefungen.

Die RWA und die hieraus resultierende Kapitalunterlegung werden entsprechend den regulatorischen Anforderungen des Kreditrisikoansatzes (KSA oder IRBA), den das Institut anwendet, ermittelt. Dabei sollen weitestgehend eigenständige Methoden der Institute zur Anwendung kommen. Sowohl externe Ratings, als auch Ausfälle und Impairments sind zu berücksichtigen. Die Templates sind separat für den jeweiligen Ansatz (KSA oder IRBA) zu füllen. Eine Übersicht der relevanten Risikoarten und -parameter des EBA-Stresstests gibt Abbildung 2.

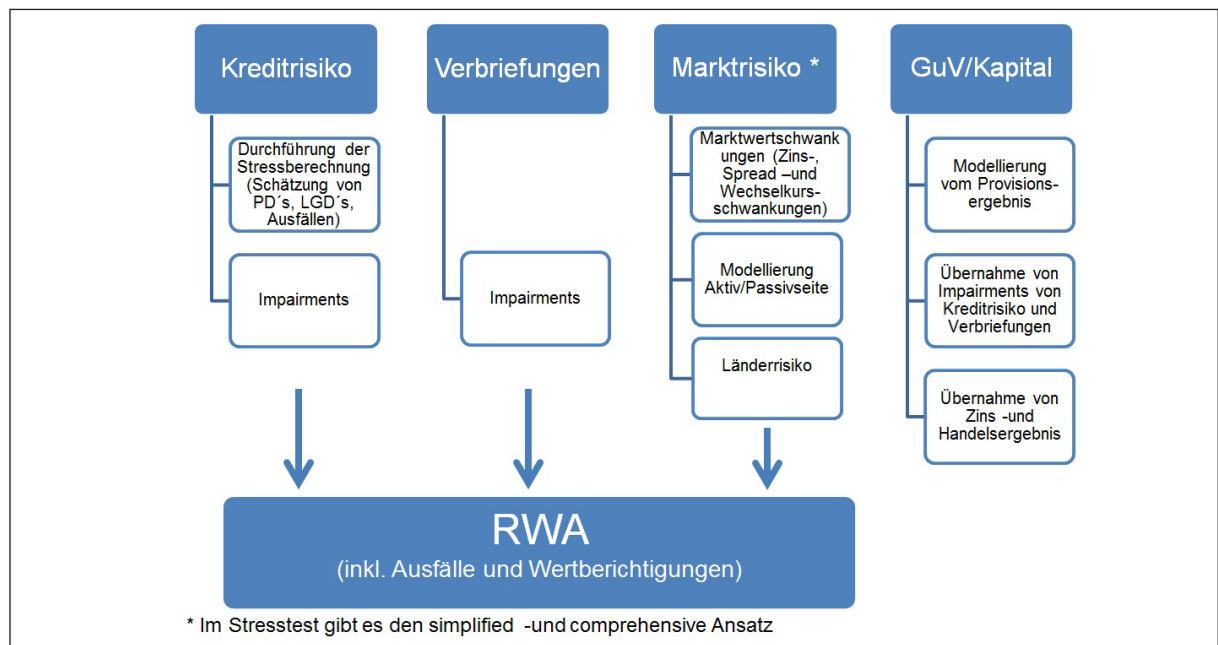


Abbildung 2: Risikoarten in den Stresstesting-Templates

Im Bereich des Marktrisikos gibt es eine Unterteilung in den simplified und comprehensive Ansatz. Banken, die kein VaR-Modell im Einsatz haben und deren regulatorische Marktrisiken nicht signifikant sind, können auf den simplified Ansatz zurückgreifen. Dieser Ansatz sieht die historische Volatilität des Handelsergebnisses als einzige Eingangsgröße für den Stress vor. Im umfassenden Ansatz sind hingegen alle Marktrisikoparameter separat zu betrachten und zu simulieren. Weitere wesentliche Themen im Stress des Marktrisikos sind die Marktwertschwankungen bezüglich Zins, Spread, Wechselkurs etc., die Modellierung der Aktiv-/Passivseite und das Länderrisiko. Bei der Durchführung des Stresstests in der Gewinn- und Verlustrechnung/dem Kapital wird unter anderem das Provisionsergebnis modelliert. Impairments werden zwar im GuV-Stress abgebildet, aber direkt aus den Simulationsergebnissen des Kreditrisikos übernommen.

Im Kreditrisiko wird die Stresssimulation weitestgehend über Schätzungen von Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD), Verlustquote (LGD) und daraus resultierenden Ausfällen und Impairments durchgeführt. Grundsätzlich sollen die

Institute dabei auf interne Verfahren zur Bestimmung der Kreditrisikoparameter zurückgreifen. Für Institute, die über keine solche aufsichtsrechtlich abgenommenen Verfahren verfügen, stellt die EBA Benchmarkparameter und bestimmte Migrationsszenarien zur Verfügung.

Zusammenfassung

Besondere Herausforderungen auf Seiten der Institute im Rahmen des Stresstests liegen in der Transformation der makroökonomischen Parameter der EBA-Stressszenarien in institutseigene Stresssimulationen in den einzelnen Risikobereichen. Spezifische Anforderungen seitens der Aufsicht wie dies zu erfolgen hat, gibt es nicht. Dies erschwert das Vorgehen für Institute, die über keine zertifizierten Verfahren verfügen zusätzlich, auch wenn für diese Fälle ein Fallback über einfache Benchmarkparameter vorgesehen ist.

Des Weiteren soll die Darstellung der Kreditrisikodaten nach Vorgabe der neuen CRR-Regelungen erfolgen, was besondere Anforderungen bei der Konversion historischer Daten bedeutet, die noch nach alten regulatorischen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt

wurden. Zudem folgt der gesamte Aufbau des Stresstests der IFRS-Logik, was für HGB-Institute eine gesonderte Herausforderung bei der Datenanpassung und dem Datenmapping bedeutet.

Im Idealfall sollte die Durchführung des Stresstests auf einer separaten und bereichsübergreifend einheitlichen Datenbasis erfolgen, um eine möglichst große Konsistenz der Daten zu garantieren. Da dies aber aufgrund des sehr knapp bemessenen Zeitrahmens und der sehr spezifischen Datenanforderungen eher selten der Fall sein wird, ist ein hohes Maß an bereichsübergreifender Koordination und Datenqualitätsmanagement notwendig.

Ausblick

Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist für Oktober 2014 vorgesehen. Mit Bekanntgabe der Ergebnisse wird zudem veröffentlicht, welche Banken die vorgegebenen Kapitalquoten nicht erfüllt haben. Diese Banken werden nach Abschluss des Stresstests einen bestimmten Zeitrahmen gestellt bekommen, die entsprechenden Kapitalquoten zu erfüllen und dazu einer intensiveren Aufsicht und Prüfung unterstellt. Der nächste EBA-Stresstest wird voraussichtlich im Jahr 2017 durchgeführt.

11. Forderungen gegenüber zentralen Gegenparteien

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im April 2014 unter dem Titel **Capital treatment of bank exposures to central counterparties - Consultative Document** ein Konsultationspapier in Bezug auf die Eigenkapitalunterlegung von Forderungen gegenüber Zentralen Gegenparteien veröffentlicht, welches die vorläufige Regelung aus Juli 2012 ersetzt. Die Änderung dient dazu, die nachträgliche Neubewertung des Kontrahenten-Risikos anhand einer Auswirkungsstudie (Joint Quantitative Impact Study, JQIS) in das Dokument einfließen zu lassen.

Wesentliche Teile der vorläufigen Rahmenregelung vom April 2014 bleiben weiterhin unverändert, darunter die allgemeinen Begrifflichkeiten, der rechtliche Anwendungsbereich, Forderungen gegenüber zugelassenen zentralen Gegenparteien (qualifying central counterparties = QCCPs) aus Handelsgeschäften und die Eigenkapitalunterlegung bei nicht zugelassenen zentralen Gegenparteien (Non-QCCP).

Erwähnenswert ist die Neukonzeption zur Bestimmung der Eigenkapitalunterlegung in Bezug auf Forderungen gegenüber zugelassenen Gegenparteien in den Paragraphen P206 - P208, eine Deckelung der Kapitalkosten auf einen Maximalwert, welcher bei nicht zugelassenen CCPs auftreten könnte (P209) und erweiterte Erklärungen, welche sich durch häufig gestellte Fragen ergaben.

Forderungen gegenüber Qualifizierten Gegenparteien

Zur Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung für Beiträge zum Ausfallfonds müssen als Clearing-Member tätige Institute ein Risikogewicht ermitteln, welches auf Basis der

nachfolgenden risikosensitiven Parameter ermittelt wurde:

- I. Umfang und Qualität der finanziellen Mittel der QCCP
- II. Das Kontrahentenrisiko-Engagement dieses CCP
- III. Der Einsatz dieser finanziellen Mittel anhand einer Verlustkaskade der CCP bei Ausfall eines oder mehrerer Clearing-Mitglieder

In diesem Zusammenhang sind von den Instituten folgende Berechnungsschritte durchzuführen:

1. Berechnung der „hypothetischen Eigenkapitalanforderung“ der CCP (Kccp) anhand des Kontrahentenrisiko-Engagement gegenüber allen Clearing-Mitgliedern:

$$K_{CCP} = \sum_{CMI} EAD_i \cdot RW \cdot capital\ ratio$$

wobei gilt:

- EAD_i (Exposure at Default): Forderungsbetrag des CCP gegenüber dem Clearing-Mitglied „CMI“, wobei sich sämtliche Werte auf das Bewertungsniveau am Tagesende vor Erfüllung der letzten Nachschussforderung desselben Tages beziehen. Die Berechnungsformeln zum EAD unterscheiden sich für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (Securities Financing Transactions, SFT) und Derivate.
- RW: Risikogewicht mit einer Mindestanforderung in Höhe von 20 Prozent.
- Capital Ratio: Die Eigenkapitalquote beträgt fix 8 Prozent.

»

II. Berechnung der gesamten Eigenkapitalanforderungen für jedes Clearing-Mitglied mit folgender Formel:

$$K_{CMi} = \max \left[K_{CCP} \cdot \left[\frac{DF_{i}^{pref}}{DF_{CCP} + DF_{CM}^{pref}} \right]; 8\% * 2\% * DF_{i}^{pref} \right]$$

wobei gilt:

- K_{CMi} : Kapitalanforderung für einen Garantiefonds für das Clearing-Mitglied „i“
- DF_{CCP} : Vorfinanzierte eigene Mittel einer CCP
- DF_{CM}^{pref} : Vorfinanzierte Beiträge von zahlungsfähigen Clearing-Mitgliedern zu einem Garantiefonds

Forderungen gegenüber nicht zugelassenen zentralen Gegenparteien

Die Paragraphen P126 und P127 aus der vorläufigen Rahmenregelung wurden durch die Paragraphen P210 und P211 ersetzt, blieben aber inhaltlich gleich. Banken müssen weiterhin ihre Beiträge zu dem Garantiefonds einer nicht zugelassenen CCP mit einem Risikogewicht von 1.250 Prozent belegen.

12. Service für RADAR-Kunden

Um sich über den „SKS Regulatory Newsletter“ hinaus frühzeitig einen Einblick über die zukünftigen regulatorischen Änderungen im Finanzsektor zu verschaffen, nutzt bereits eine Vielzahl von Instituten und Finanzdienstleistern das webbasierte Informationssystem „RADAR“, welches als Frühwarnsystem für regulatorische Anforderungen durch die SKS Unternehmensberatung GmbH & Co. KG in Kooperation mit der VÖB-Service GmbH betrieben wird. Hierbei wird dem Kunden die Möglichkeit gegeben, sich zeitnah einen umfassenden Überblick über die zukünftigen gesetzlichen Anforderungen an Banken und Finanzdienstleister

auf nationaler und europäischer Ebene zu verschaffen. Des Weiteren werden standardisiert die Auswirkungen auf die verschiedenen Geschäftsbereiche und die IT-Infrastruktur aufgezeigt.

Nachfolgend listen wir die Normen auf, die einen direkten Bezug zu den im vorliegenden Newsletter behandelten Themen haben. RADAR-Kunden können damit weitere Informationen zu den Inhalten der anstehenden gesetzlichen Regelungen und die Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche der Bank abrufen.

Newsletter Artikel	RADAR Norm Bezeichnung	Radar Norm Nr
Neues Baseler Leverage Ratio Rahmenwerk	Baseler Ausschuss: Überarbeitetes Basel III Leverage Ratio - Rahmenwerk und Offenlegungsanforderungen (Revised Basel III leverage ratio framework and disclosure requirements)	997
Baseler Konsultationspapier zur Net Stable Funding Ratio	Baseler Ausschuss: Basel III: Die strukturelle Liquiditätsquote - Konsultationspapier (The Net Stable Funding Ratio - Consultative Document)	1140
Behandlung der Margin Period of Risk (MPOR)	EBA: Consultation on draft technical standards on the margin periods for risk used for the treatment of clearing members' exposures to clients (EBA/CP/2014/01)	1166
Erleichterte Datenanforderungen im Rahmen der IRBA-Einführung	EBA: Entwurf technischer Regulierungsstandards zur Bestimmung der Voraussetzungen nach denen zuständige Behörden Instituten erlauben können, Daten eines kürzeren Beobachtungszeitraums zu verwenden - Konsultationspapier (Draft Regulatory Technical Standards specifying conditions according to which competent authorities may permit institutions to use relevant data covering shorter time period (data waiver permission) - Consultation Paper) (EBA/CP/2014/02)	1172

Newsletter Artikel	RADAR Norm Bezeichnung	Radar Norm Nr
Verwendung selbst berechneter Delta-Faktoren	BaFin: Konsultation 01/2014 - Genehmigungsverfahren bei Verwendung selbst berechneter Delta-Faktoren	1196
Vorsichtige Bewertung (Prudent Valuation)	Finaler technischer Regulierungsstandard hinsichtlich der aufsichtlichen Bewertung nach Artikel 105(14) der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) - EBA FINAL draft Regulatory Technical Standards on prudent valuation under Article 105(14) of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation — CRR); EBA/RTS/2014/06	850
Technische Regulierungsstandards zur Liquidity Coverage Ratio	<p>EBA final draft implementing technical standards on currencies for which the justified demand for liquid assets exceeds the availability of those assets under Article 419(4) of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation – CRR) - EBA/ITS/2014/01</p> <p>EBA final draft implementing technical standards on currencies with an extremely narrow definition of central bank eligibility under Article 416(5) of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation – CRR) - EBA/ITS/2014/02</p> <p>EBA final draft regulatory technical standards on derogations for currencies with constraints on the availability of liquid assets under Article 419(5) of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation – CRR) - EBA/RTS/2014/04</p>	1082 / 1084 / 1085
Abflüsse aus Sicherheitstellung	EBA: Finaler technischer Regulierungsstandard für zusätzliche Liquiditätsabflüsse für Sicherheiten im Zusammenhang mit ungünstigen Marktbedingungen auf Derivat-, Finanzierungsgeschäfte und anderen Kontrakten auf Basis der Liquiditätsberichtspflichten nach Artikel 411 (3) der CRR - EBA final draft regulatory technical standards on additional liquidity outflows corresponding to collateral needs resulting from the impact of an adverse market scenario on the institution's derivatives transactions, financing transactions and other contracts for liquidity reporting under Article 423(3) of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation CRR); EBA/RTS/2014/05)	979
Neues Baseler Großkreditregime	Baseler Ausschuss: Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk zur Bewertung und Kontrolle von Großkrediten (Final standard for measuring and controlling large exposures published by the Basel Committee - BCBS 283)	933
Eigenkapitalunterlegung von Bankforderungen gegenüber zentralen Gegenparteien	Baseler Ausschuss: Kapitalanforderungen für Bankforderungen gegenüber zentralen Gegenparteien (Capital requirements for bank exposures to central counterparties – BCBS 282)	1001

Für Fragen zur Nutzung von RADAR wenden Sie sich bitte an radar@sk-sgroup.eu.

Ihre Ansprechpartner bei der SKS

Robert Scheurell

Partner / Diplom-Kaufmann

Bernhard Kessler

Bereichsleiter / Diplom-Volkswirt

Thorsten Manns

Senior Manager / Diplom-Betriebswirt

Simone Wienhöfer

Consultant / Diplom-Betriebswirtin

Autoren dieser SKS-RegNews Ausgabe:

Dieter Astheimer

Managing Consultant

Kristof Claussner

Consultant

Christian Haggert

Senior Consultant

Vitali Holstein

Senior Manager

Thomas Hudetz

Senior Consultant

Frank Mayer

Senior Manager

Thorsten Manns

Senior Manager

Carsten Radmacher

Managing Colnsultant

Mayina Wahabzada

Senior Consultant

Elena Silyakova

Consultant

Georg Stoppok

Managing Colnsultant

Helge Thiele

Senior Consultant

Tilman Walther

Managing Colnsultant

Bei Fragen oder Anregungen steht Ihnen das RegNews-Team (RegNews@sk-sgroup.eu) gerne zur Verfügung.

Disclaimer:

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Angaben beruhen auf sorgfältigen Recherchen und ausgewählten Quellen. Wir geben jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der hier gemachten Angaben. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass es sich bei den Ausführungen um die aktuelle Auffassung und Einschätzung der SKS Unternehmensberatung GmbH & Co. KG handelt, welche sich im Zeitablauf auch ohne vorherige Ankündigung ändern kann. Der Newsletter dient insofern lediglich der Bereitstellung allgemeiner Informationen und muss nicht zwingend mit der Auffassung der nationalen und internationalen Bankenaufsicher übereinstimmen.